



Antrag

der Fraktion der CDU

Norddeutsche Allianz für die Ausrichtung Olympischer Sommer- spiele und der Paralympics

Vorbemerkung:

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat am 03. und 04. April 2014 auf einer Tagung seines Präsidiums grundsätzlich beschlossen, auch künftig Olympische Spiele und Paralympics in Deutschland ausrichten zu wollen. Der konkrete Zeitpunkt einer deutschen Olympiabewerbung soll erst nach Abschluss des IOC-Reform-Prozesses „Agenda 2020“ entschieden werden.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat in einem interfraktionellen Antrag (Drucksache 20/11848) am 21. Mai 2014 den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg ersucht, mittels einer ergebnisoffenen Untersuchung bis zum Herbst 2014 prüfen zu lassen, welche Chancen und Risiken sich durch die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele und der Paralympics für Hamburg sowie für die gesamte Metropolregion ergeben.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Schleswig-Holsteinische Landtag:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die von der Hamburgischen Bürgerschaft jüngst beschlossene ergebnisoffene Machbarkeitsstudie, welche die Chancen und Risiken anhand von Kriterien – wie zum Beispiel der Nachhaltigkeit, Beteiligungsverfahren der Bevölkerung oder der Integrität des Sportes usw. – auslotet und mit als eine Entscheidungsgrundlage für eine Bewerbung dienen soll.

2. Eine Bewerbung kann nur im Schulterschluss mit dem Bund, allen fünf norddeutschen Bundesländern, den Verbänden des organisierten Sports und dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) sowie der gesellschaftlichen und ökonomischen Gruppen sowie insbesondere der Bevölkerung erfolgen.
3. Neben Hamburg als Hauptaustragungsort der Sommerspiele und der Paralympics sollen auch die benachbarten norddeutschen Länder nach Verhandlungen mit Hamburg für Wettbewerbe - wie zum Beispiel im Segelsport, Surfen, Freiwasserschwimmen, Wasserspringen oder Reitsport - in einem Konzept eingebunden werden.
4. Die Landesregierung wird gebeten, die Mitglieder des Landtages laufend und angemessen über den Sachstand zu informieren.

Begründung:

Olympische Spiele sind ein Fest für die Sportler und für die Menschen. Wichtig ist daher, dass eine Bewerbung von einer deutlichen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Noch vor einer offiziellen Bewerbung muss um die Zustimmung der Menschen in Hamburg und Norddeutschland geworben werden.

Die Ausrichtung von Wettkämpfen über die Grenzen Hamburgs hinaus würde nicht nur die Vorzüge einzelner Standorte in ihren Sportdisziplinen hervorheben und den Wert auch für andere Standorte in Norddeutschland mehren, sondern auch ein positives politisches Signal für die Kooperationsfähigkeit der fünf norddeutschen Bundesländer bedeuten.

Johannes Callsen
und Fraktion